

Pressestelle des Präsidiums

Verbraucherschutz und
Mietangelegenheiten

Presse Büro
Stefanie Schreiber
Christina Zschornack
030/ 28831832

verbraucherschutz@spandauer-
mieterverein.de
www.spandauer-mieterverein.de

Berlin, **20.02.2018**

02/2018 Pressemitteilung

Was läuft schief in der deutschen Wohnungspolitik?

In den Ballungsräumen gibt es keine Wohnungen mehr, warum? Mietspiegel- wer hat diesen Unsinn gestaltet?- Schauen Sie mal nach. Modernisierungsprogramm und Umlagen von 11%, wer hat das erdacht? Und die Mieter zahlen. Mieterhöhung nach §558 BGB um 20 % und 15% in Berlin, wer hat das festgelegt? Schimmelpilze in der Wohnung, gesundheitlich sehr bedenklich! Der Mieter zahlt und leidet, denn die Richter entscheiden oft für die Vermieter, wegen angeblich falschem Lüft- und Heizverhaltens. Lobbyisten in den Parlamenten, soviel zur unabhängigen Justiz. Schwere Schadensfälle und die Versicherungen der Vermieter zahlen nicht, obwohl die Mieter die Prämien über die Betriebskosten zahlen müssen. Heiz- und Wasserkosten sind zum Spielball der Vermieter, Abrechnungsdienste und Versorgungsanbieter geworden und die können mit Hilfestellung der Gesetzgeber abkassieren. Hinzukommt, dass die Justiz auf beiden Augen blind ist und alles durchgehen lässt, warum wohl? Die Mieter haben ein Prüfungsrecht bei den Nebenkostenabrechnungen und die Deutsche Wohnen, eine der größten Immobilienkonzerne, muss jetzt keine Belege in Papierform mehr vorlegen, das wurde uns schriftlich von der Deutschen Wohnen mitgeteilt, ich halte das mehr als problematisch. Die dann am Bildschirm gezeigten Unterlagen sind als so genannte echte Originale hinzunehmen, eigentlich unfassbar. Willkür und Manipulation wird hier vom Gesetzgeber Vorschub geleistet. Die Justiz kann da auch nichts machen, oder? Über die Mietschuldenfreiheitsbescheinigung regeln die Vermieter die

Präsidium:

Vizepräsidentin Kerstin Mager-Benndorf (Bundesbeamtin), Vizepräsidentin Susann Bolyi-Steglich (Rechtsanwältin), weitere Präsidiumsmitglieder: Alexander Wenzel (Rechtsanwalt), Dr. Ersin Nas (Rechtsanwalt), Serap Sirman (Diplom-Kauffrau), Jochen Anders (Polizeihauptkommissar i.R.), Hans-Dieter Hein (Personalmanager a. D.),

Geschäftsleitung:

Geschäftsführer Heinz Troschitz, Assist. der Geschäftsleitung Stefanie Schreiber, Büroleiterin Christina Zschornack

Gerichtsstand Berlin:

Amtsgericht Spandau, Vereinsregister 28270 B, Finanzamt für Körperschaften I, St.-Nr. 1127/677/64063

Bankverbindung:

Berliner Sparkasse, IBAN: DE63 100 500 00 6604 0570 01, BIC: BELA2333



Wohnungsvergabe, nur wer sich untadelig zeigt hat eine Chance, 6 Monatsmieten im Voraus können etwas bewegen, das können wir übrigens belegen. Lockangebote sind keine Seltenheit, Nebenkosten werden niedrig angesetzt und nach einem Jahr kommt die Nebenkostenabrechnung mit einer Nachzahlung von 1.200,- Euro, das bedeutet dann eine Mieterhöhung von 100,- Euro pro Monat und das ist ok oder doch Vorspielung falscher Tatsachen?

Fazit der Fehlentwicklung:

Es fehlen 1 Million Wohnungen in den Ballungsräumen, plus der Bedarf für Zuwanderung!!! Begrenzung der Umlage bei Modernisierung auf die tatsächlich entstandenen und abzurechnenden Kosten, das wäre gerecht! Eine monatliche Obergrenze der Mieterhöhung nach Modernisierungsmaßnahmen sollte 120,- Euro betragen. Die Mietobergrenze der Netto-Kaltmiete sollte nach Einkommen geregelt werden, durch den Gesetzgeber und besondere zusätzliche Finanzierungsprogramme! Abschaffung des §558 BGB wegen Willkür, da auch marode und verschimmelte Wohnungen von diesen Mieterhöhungen betroffen sind. Verbot der Forderung der Vermieter nach Ausstellung einer Mietschuldenfreiheitsbescheinigung wegen vorsätzlicher Willkür der Vermieter, der BGH hat in seinen Entscheidungen bereits festgelegt, dass die Vermieter keine Mietschuldenfreiheitsbescheinigung verlangen dürfen und gleichzeitig müssen Sie diese auch nicht ausstellen, aber gerade diese Urteile werden von allen Vermietern fast ohne Ausnahme ignoriert und dies ist eine Schande für einen Rechtsstaat. Unsere Meinung ist, dass eine Selbstauskunft gegenüber dem Vermieter ausreichend sein sollte. Das deutsche **Mietrecht** steht auf dem **Prüfstand** und vielleicht kann der **Deutsche Mietgerichtstag** in **Dortmund** am **16. und 17. März 2018** ein wenig Klarheit bringen im **Labyrinth** des deutschen Mietrechts. Die Mieter, Arbeitnehmer und der Mittelstand zahlen für die verfehlten Mieten und Verbraucherschutzpolitik der gesamten, versagenden, politischen Klasse, die sich als Obrigkeit gern in der Öffentlichkeit präsentieren. Die derzeitige politische Situation in unserem Land, die Zerrissenheit, Unbeständigkeit und Entscheidungslosigkeit bestätigen sich durch den Zustand, der geprägt ist von sozialer Ungerechtigkeit und dem immer größeren Abstand zwischen Arm und Reich.

„Wer über den Dingen steht, sieht weit, aber nicht genau.“ - Alfred Döblin

